

25. 11. 68

sds sds sds sds sds zerschlagt die Klassenjustiz sds sds sds sds sds

Heute spielt die Frankfurter Justiz mit dem Prozeß gegen den Mainzer Kommilitonen Christian Boblenz ihren Plan zur Isolierung und Einschüchterung der außerparlamentarischen Opposition fort. Ab 10.30 h wird heute im Gerichtsgebäude A, Saal 164 verhandelt. Der Richter im Prozeß gegen Boblenz ist der wegen der Buchmessenbeschlagnahme des Braunbuch berüchtigte Amtsgerichtstat Pawlik.

Christian Boblenz wird vorgeworfen, er habe sich gegen den brutalen Schlägereinsatz berittener Polizei an der Galluswarte Ostermontag mit einer Latte geschützt. Den Einsatz der Frankfurter Polizei als "Vorwärtsverteidigung" für Springer findet der Staatsanwalt wohl nicht anklagenswert. Die Anzeigen gegen Polizisten bleiben weiter unbearbeitet.

In der Prozeßwelle soll die revolutionäre Solidarität von Ostern in Schadensersatzverfahren, in "Rädelsführer"prozessen, in massenhafter individueller Strafverfolgung zerstückelt werden. Dieser Entpolitisierung setzen wir die selbsttätige Widerstandsorganisation in unserer tagtäglichen Praxis entgegen.

Die juristischen Fakultäten produzieren noch rechtspositivistische Fachidioten, die ohne weiteres in der Lage sind, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge in Prozessen zynisch für irrelevant zu erklären.

In Frankfurt kann sich noch ein Professor Schiedermaier als Vertreter des Rechtspositivismus breitmachen. Als Rechtspositivist ubt er die "unpolitische" Subsumtion unter abstrakte Rechtsnormen ein. Er kann aber auch politische Praxis entwickeln. Sie bestand bisher in:

- der Unterschrift unter das reaktionäre "Marburger Manifest"
- dem Aufruf innerhalb juristischer Seminare zur Gründungsversammlung des ADS
- während der Notstandsstreiks in der Aufforderung, die Streikposten gewaltsam zu vertreiben

Gerhard Paar wurde schon wegen bloßer Teilnahme an der demonstrativen Auslieferungsverhinderung der Springer-Presse zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Prozeß gegen Boblenz setzt auch in Frankfurt die justizielle Repression fort. Als Studenten können wir politisches Engagement nur organisatorisch umsetzen an unserem universitären Arbeitsplatz.

Diskutiert in den Vorlesungen go-ins zu den akademischen Helfershelfern der politischen Justiz!

Spendet für den Rechtshilfefonds der REPUBLIKANISCHEN HILFE, Dresdner Bank Frankfurt Nr. 282 886

sds sds sds sds sds verweigert die Einübung als Unterdrückungsgehilfen sds